

# WAHLKAMPF '87

## WEITER SO, DEUTSCHLAND

Stabile Preise  
Sichere Renten  
Mehr Arbeitsplätze



## CDU



### HEUTE LESEN SIE:

#### ● AUFTAKTKAMPAGNE

Die Auftaktkampagne der CDU zur Bundestagswahl 1987 erstreckt sich von Mitte August bis zum Bundesparteitag vom 6. bis 8. Oktober in Mainz. Einzelheiten über Motto, Plakatierung und andere Aktionen finden Sie auf den Seiten 20-24

Unsere Aktion „Ein Sommer mit der CDU“ läuft prima. Einige Pressezeitate auf der Seite 19

#### ● MOBILISIERUNG

Sieben Regionalkonferenzen sind zur Mobilisierung der Partei in den nächsten Wochen und Monaten vorgesehen. Außerdem finden drei Fachkongresse statt. Seite 3

#### ● SPD

Die Demontage des Kanzlerkandidaten. Seite 5

#### ● SCHULPOLITIK

Das Versagen der SPD/Gesamtschulpolitik mit der Brechstange. Seite 13

#### ● DOKUMENTATION

Die C-Waffen-Vereinbarung. Grüner Teil

## Unsere Erfolge:

# Stabile Preise – Sichere Renten – Mehr Arbeitsplätze

**Die drei Aussagen wurden von der CDU gewählt, weil sie schlaglichtartig die Erfolge der Regierung Helmut Kohl für alle verdeutlichen:**

### Stabile Preise

Die Preise sind stabil wie vor zwei Jahrzehnten, ja sie sinken sogar. Diese Stabilität spüren die Bürger am Geldbeutel. Ein Prozent weniger Preissteigerung bedeutet elf Milliarden Mark mehr Kaufkraft für alle. Das bringt neuen Schwung in die Wirtschaft, das schafft und sichert Arbeitsplätze und ist besser als jedes Beschäftigungsprogramm, das mit Schulden finanziert wird. Die Renten- und Lohnerhöhungen bleiben voll erhalten. Die Zinsen sinken. Kredite werden billiger.

### Sichere Renten

Die Renten sind sicher. Erinnern Sie sich: Noch 1982, im letzten Jahr der SPD-Regierung, standen die Rentenkassen fast vor der Zahlungsunfähigkeit. Das war das Ergebnis der unsoliden Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der SPD.

Heute sieht das anders aus: Die stabilen Preise nützen vor allem den Rentnern. Auch 1986 haben die Rentner mehr. Ferner: Wir haben die Rentenanpassung aktualisiert. Sie folgt den Löhnen in einjährigem Abstand. Keine Lohnerhöhung geht an den Rentnern vorbei.

Außerdem halten wir uns an den Grundsatz: Wer Kinder erzieht, hat eine Rente verdient. Kindererziehungszeiten werden

deshalb in der Rentenversicherung angerechnet.

### Mehr Arbeitsplätze

Auch auf dem Arbeitsmarkt kommen wir voran. Im Jahre 1985 und in diesem Jahr werden insgesamt über eine halbe Million Menschen wieder Arbeit finden. Die Arbeitslosigkeit, die unter der SPD-Regierung explodierte, haben wir zum Stillstand gebracht. Die Zahl der Kurzarbeiter sank um eine Million, fast alle jungen Menschen erhielten eine Ausbildungsstelle.

Die aktive Beschäftigungspolitik der Regierung Helmut Kohl hilft den Arbeitslosen: 11,5 Milliarden Mark allein im Jahre 1986 ermöglichen Arbeitslosen berufliche Weiterbildung. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Zahlungen von Kurzarbeitergeld und Leistungen nach dem Vorruhestandsgesetz zeigen, daß die Bundesregierung eine aktive Arbeitsmarktpolitik betreibt.

### Die Zukunft

Auf der Grundlage dieser Erfolge werden wir auch die Zukunft Deutschlands als modernes und humanes Industrieland sichern. Unser Land steht vor großen wissenschaftlichen, technischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen.

Das Jahr 2000 ist in Sicht. Wir haben die Voraussetzungen für eine solide und erfolgreiche Entwicklung auch in der Zukunft geschaffen. Gemessen an der Hinterlassenschaft der Sozialisten haben wir viel erreicht. Aber gemessen an unseren Zielen und an den künftigen Aufgaben stehen wir in einer wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wende, deren Gestaltung weit über die nächste Legislaturperiode hinaus alle Kräfte erfordern wird.

Deutschland darf nicht zweitklassig werden. Die Bundesrepublik Deutschland

## Sieben Regionalkonferenzen

Der parteiinternen Mobilisierung und Information dienen sieben Regionalkonferenzen:

- 16.8. in Trier
- 23.8. in Neumünster
- 5.9. in Osnabrück
- 12.9. in Sindelfingen
- 16.9. in Verl-Kaunitz
- 26.9. in Bonn
- 27.9. in Essen.

Auf allen Veranstaltungen sprechen Generalsekretär Heiner Geißler und Bundesgeschäftsführer Peter Radunski. Bei der Regionalkonferenz in Neumünster am 23.08.86 ist auch Bundeskanzler Helmut Kohl dabei.

Drei Kongresse in dem Zeitraum bis Anfang Oktober werden die Zukunftsorientierung der CDU unterstreichen:

- 27.8. „Verantwortung für Deutschland — Energiepolitik für eine humane Zukunft“
- 10.9. „Gesund leben — Gesundheitspolitik in einer freien Gesellschaft“
- 24.9. „Technischer Fortschritt für eine humane Zukunft“

Die Kongresse finden alle im Konrad-Adenauer-Haus statt. Anmeldungen sind jeweils zu richten an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Organisation

Vom 6. bis 8. Oktober findet in Mainz der 34. Bundesparteitag statt. Dort wird ein Zukunftsmanifest verabschiedet werden.

muß auch in der Zukunft ein modernes, leistungsfähiges und soziales Industrieland bleiben, das wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt in den Dienst des Menschen stellt. Wir wollen keine sozialistische Zwangsgesellschaft, die den einzelnen Bürger gängelt, sondern eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht, die jedem Bürger Freiheit, Vielfalt der Chancen und Geborgenheit sichert. ■

## Mehr Vertrauen

Im Auftrag des ZDF/Politbarometer erhebt die Forschungsgruppe Wahlen regelmäßige Umfragen. Bei der Juli-Frage

„Wie beurteilen Sie die heutige wirtschaftliche Lage?“ ergab sich, daß es eine vergleichbar positive Beurteilung der Befragten in den letzten sechs Jahren nicht gegeben hat, vor allem: Immer mehr Bürger schreiben diese Wirtschaftsentwicklung der Regierung Helmut Kohl zu.

Die Beurteilung in Einzelzahlen im Vergleich zu 1985:

	gut	teils/teils	schlecht
1986	48 %	46 %	6 %
1985	29 %	52 %	19 %

## Umfrage

Bei der Frage: Wenn am nächsten Sonntag Wahl wäre... stimmten 45 % für CDU/CSU, 7 % für FDP, 41 % für SPD und 6 % für die Grünen.

## Leinens Schiffbruch

Nachdem es im Verantwortungsbereich des saarländischen Umweltministers Leinen zu einer folgenschweren Serie von Versäumnissen, Pannen und Fehlentscheidungen gekommen ist, wurde sein ökologisches Waterloo jetzt auch regierungsamtlich bestätigt. Lafontaine selbst hat zugegeben, daß das Krisenmanagement der Landesregierung versagt hat. Dafür trägt nicht allein der Umweltminister die Verantwortung, der seine Unfähigkeit zur Leitung eines Ministeriums nachdrücklich unter Beweis gestellt hat. Verantwortung für die folgenschweren Pannen und Versäumnisse trägt auch der saarländische Ministerpräsident Lafontaine. Erst nach langem Schweigen und massivem Druck der Öffentlichkeit hat Lafontaine endlich die schweren Fehlentscheidungen zugegeben, jedoch nicht die

einzig logische Konsequenz gezogen, seinen „grünen“ Minister zu entlassen. Die CDU Saar fordert Lafontaine nachdrücklich auf, Leinen zu entlassen! Nach zahllosen Affären und dem jüngsten Desaster im ureigenen Bereich ist das Maß jetzt voll. Lafontaine muß die Fehlentscheidung der Berufung Leinens zum Minister endlich korrigieren.

Auf Antrag der CDU hat der Landtag vor dem Hintergrund der katastrophalen Ereignisse einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der die Versäumnisse, Pannen und Fehlentscheidungen des gesamten Kabinetts schonungslos aufdecken soll.

Die jüngsten Geschehnisse haben überdeutlich gezeigt, daß die „SPD-Umweltpolitik zu neuen Ufern“ gescheitert ist, stellt Peter Jacoby, Landesvorsitzender der CDU Saar, fest.

## Die Verbraucherpreise sinken weiter

Im Juli brauchten die privaten Haushalte 0,5 Prozent weniger für ihren Lebensstandard auszugeben als vor einem Jahr, ermittelte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden anhand der bisher vorliegenden Daten. Schon im Juni und Mai lagen die Verbraucherpreise jeweils um 0,2 Prozent niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat.

## Betriebsräte protestieren gegen Ausstieg aus der Kernenergie

Eine Unterschriftensammlung für Kernenergie durch die Betriebsräte in den bayrischen Energieversorgungsunternehmen (EVU) fand 10 500 Befürworter; das sind nahezu 65 Prozent von den insgesamt

16 500 Arbeitnehmern. Das Motto der Unterschriftenaktion lautete: „Kein Ausstieg aus der Kernenergie, trotz des bedauerlichen Unfalls in Tschernobyl.“ Gleichzeitig gab der Betriebsratsvorsitzende des Kernkraftwerks Biblis, Christian Rettweiler, seinen Austritt aus der ÖTV bekannt (Mitglied seit 1948!). Er rechnet damit, daß mindestens 150 von den 250 gewerkschaftlich organisierten Betriebsangehörigen ebenfalls ihren Austritt aus der ÖTV erklären werden. Rettweiler: „Diese ÖTV, die uns zu vertreten hat, will unsere Arbeitsplätze vernichten.“

Die Mitarbeiter des Kernkraftwerks Biblis seien gemeinsam mit den insgesamt 900 Betriebsräten der Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland von der Sicherheit bei der friedlichen Nutzung der Atomkraft hierzulande völlig überzeugt. Nicht die Bevölkerung sei gefährdet, sondern die Arbeitsplätze.

# Die Demontage des Kanzlerkandidaten

**Zu den Äußerungen von SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz und des früheren Regierungssprechers, Klaus Bölling, erklärt der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Rudolf Seiters: Nach Willy Brandt entzieht nun auch der SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz ganz offiziell Johannes Rau den Boden für seine Kanzlerkandidatur. Der von der absoluten Mehrheit träumende Rau muß sich abfinden mit dem neuen Wahlziel der SPD: 43 Prozent. Was die Union immer vorhergesagt hat, wird nun von der SPD bestätigt. Rau hat keine Chance, Kanzler zu werden.**

Wie sehr die Entwicklung innerhalb der SPD an Rau vorbeigegangen ist, zeigt auch der Vorschlag des früheren Regierungssprechers Klaus Bölling, SPD, den rot-grünen Bataillonen den parteilinken Volker Hauff als Kanzlerkandidaten zu empfehlen. Der bisherige Kanzlerkandidat der SPD, der sich kein einziges Mal der politischen Auseinandersetzung im Deutschen Bundestag gestellt hat, der wie kein anderer darauf verzichtet hat, mit einem Programm die Partei zu prägen, hat heute keine Chance mehr. Eine SPD, die konzeptionslos und führungslos sich in der Opposition darstellt, wäre ein Abenteuer in der Regierung.

**Zu den Ausführungen des SPD-Bundesgeschäftsführers Peter Glotz erklärt Bundesgeschäftsführer Peter Radunski:**

Glotz hat den Glauben an einen möglichen Sieg der Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl verloren. Mit seiner Wortspielerei mit den Begriffen „eigene Mehrheit“ und „absolute Mehrheit“ verschleiern der SPD-Bundesgeschäftsführer den Tatbestand, daß es in Wahrheit weder die eine noch die andere Mehrheit für

die Sozialdemokraten geben wird. Mit seiner flauen Kritik an der Politik der derzeitigen Bundesregierung macht Glotz deutlich, daß die deutschen Sozialdemokraten die vergangene Legislaturperiode nicht genutzt haben, um entsprechende eigene Defizite aufzuarbeiten. Die SPD ist praktisch auf allen Feldern der deutschen Politik in der Defensive und läuft den aktuellen und zukünftigen Themen hinterher.

Die anhaltende Forderung des Bundesgeschäftsführers Peter Glotz nach inhaltlich politischen Aussagen ist offensichtlich an den designierten Kanzlerkandidaten der SPD, Johannes Rau, gerichtet, der sich dieser Diskussion mit seinen bekannten Platitüden und Unverbindlichkeiten bisher entzogen hat. Die CDU sieht in den Ausführungen von Glotz den Stoßseufzer eines geplagten Geschäftsführers, der von seinem Kandidaten politische Aussagen verlangt, aber nicht erhält. Die Beschreibung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland durch die Sozialdemokraten hat kaum etwas mit der Wirklichkeit zu tun. Sie wollen die für alle Menschen in unserem Lande spürbaren und erkennbaren Erfolge zerreden. Dahinter verbirgt sich die offensichtliche Kapitulation der SPD, die keine Alternativen zu der erfolgreichen Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl zu bieten hat.

## Bölling über Rau

*„Wer seinem ganzen Wesen nach dem Konflikt abgeneigt ist, wer viel Zeit verbraucht, um den Konsens herzustellen, kann in keinem Entscheidungszentrum erfolgreich sein. Er wird mit fast unausweichlicher Logik scheitern!“*

# Besserung auf dem Arbeitsmarkt hält an

**Die Bundesregierung begrüßt die spürbare Entlastung des Arbeitsmarkts und geht davon aus, daß diese Besserung sich in den kommenden Monaten weiter kräftigen und daß die Arbeitslosigkeit, aufs Jahr gerechnet, erstmals seit 1979 merklich zurückgehen wird. Die günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen — ein solides Wachstum, stabile Preise, wachsende Investitionen und eine zunehmende Kräftigung des privaten Verbrauchs — bilden die besten Voraussetzungen dafür.**

Die Zahl der Arbeitslosen ist zwar im vergangenen Monat ausschließlich aus saisonalen Gründen um 53 600 (2,6 %) auf 2 131 800 gestiegen, lag damit aber um 89 600 oder 4,0 % niedriger als vor einem Jahr. Maßgebend dafür waren vor allem die Arbeitslosmeldungen von Schulentlassenen und Auszubildenden, die ihre Lehre beendet haben, sowie der Kündigungstermin für Angestellte zum vorausgegangenen Quartalsende. Diese Arbeitslosmeldungen konzentrieren sich stets auf den Monat Juli, während sich die Einstellungen und damit die Abmeldungen aus der Arbeitslosigkeit über einen längeren Zeitraum bis nach der Sommerpause erstrecken.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist ungebrochen und liegt — an der Zahl der offenen Stellen gemessen — um über 40 Prozent höher als vor einem Jahr. Die Kurzarbeit nimmt auf niedrigem Niveau weiter ab und verliert mehr und mehr an Bedeutung. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt auf dem niedrigsten Stand seit fünf Jahren. Der Trend zu einem allmählichen, aber stetigen Rückgang der Arbeitslosigkeit hat sich stabilisiert. Daran hat auch der in den Ferienmonaten übliche Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Juli

nichts geändert, der geringer war als in allen Jahren zuvor seit 1979.

Erfreulich ist vor allem, daß die Beschäftigungsentwicklung und damit die Zahl der Arbeitsplätze weiter nach oben geht. Nach einer Zunahme der Erwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahr um rund eine Viertelmillion im Durchschnitt des ersten Quartals zeichnet sich für den Monat Juni im Vergleich zum Vorjahr ein Beschäftigungsplus von 284 000 ab; allein gegenüber Mai ist die Zahl der Erwerbstätigen im Juni um rund 80 000 gestiegen.

## Beschäftigungsförderungsgesetz zeigt Wirkung

Das Beschäftigungsförderungsgesetz hat nach einer Umfrage der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände dazu geführt, daß mehr Arbeit in den Betrieben nicht durch Überstunden, sondern durch Einstellungen bewältigt wird. Von 97 798 Einstellungen in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember 1985 wurden rund die Hälfte (48,4 Prozent) befristet vorgenommen. Die Hauptmotive für die Befristung seien zeitlich begrenzter, etwa saisonaler Arbeitskräftebedarf (60,5 Prozent) und die Ungewißheit der künftigen Entwicklung (33,6 Prozent) gewesen. Außerdem öffnet die Befristung aber auch das Tor zu einem Dauerarbeitsverhältnis. Mindestens ein Viertel der befristeten Arbeitsverhältnisse werde in unbefristete umgewandelt.

Positiv ausgewirkt hat sich das Beschäftigungsförderungsgesetz nach der Umfrage auch auf die Beschäftigungssituation der Jugendlichen. Viele Betriebe hätten Ausgebildete mit befristeten Arbeitsverträgen übernommen, für die zunächst kein Dauerarbeitsplatz im Ausbildungsbetrieb zur Verfügung stand.

# Heiner Geißler für Menschenrechte in aller Welt

**Nach seiner Reise nach Korea, den Philippinen und Chile vom 16.7. bis 29.7.1986 zog Generalsekretär Heiner Geißler auf einer Pressekonferenz in Bonn Bilanz und erklärte die politischen Konsequenzen dieser Reise:**

1. Die Verteidigung der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte gegen das totalitäre System der Sowjetunion, durch die Westliche Allianz wird diskreditiert, wenn in Ländern, die im weitesten Sinne zur westlichen Welt oder zur Einflußsphäre der freiheitlichen Demokratien gehören, wie Südkorea, Südafrika und Chile, die Opposition unterdrückt und die Menschenrechte verletzt werden. Wenn die dortigen Regierungen ihre repressiven Maßnahmen aufrechterhalten, die Opposition unterdrücken und die Menschenrechte verletzen mit der Begründung, den Kommunismus bekämpfen zu müssen, wie dies von den Regierungen in Südkorea und Chile getan wird, ist dies politisch und moralisch pervers. In Wirklichkeit arbeiten diese Regierungen durch die Behinderung der Demokratie und die Verletzung der Menschenrechte den radikalen Kräften auf der linken und der rechten Seite in die Hände. Je länger die dortigen Regierungen ihre demokratie- und menschenrechtsfeindliche Position einnehmen, desto stärker werden die kommunistischen Gruppierungen in ihrem terroristischen Potential und umso schwieriger wird ein friedlicher Übergang zur Demokratie, der von allen demokratischen Kräften in diesen Ländern gewünscht wird.

2. Ein besonderes Beispiel bietet Südkorea. Ich habe die Waffenstillstandsgrenze, die in der Nähe des 38. Breitengrades Ko-

rea in Nord- und Südkorea trennt, bei Panmunjom besucht. An der dortigen Grenze steht die 8. US-Armee. Die Soldaten des in Panmunjom stationierten Bataillons verrichten ihre Aufgabe, die Grenze gegen das kommunistische Nordkorea zu schützen, unter schwierigen Bedingungen. Zwei Autostunden weiter südlich werden in Seoul demokratische Politiker, die eine andere Auffassung als die Regierung haben, wie Kim dae Jong unter Hausarrest gestellt und mit Gewalt an jeder politischen Tätigkeit gehindert. Ich glaube nicht, daß die amerikanischen und südkoreanischen Soldaten an der Grenze zu Nordkorea ihren Kopf hinhalten zur Verteidigung der Freiheit, damit 40 km südlich ein autoritäres Regime die Freiheit unterdrückt. Diese Situation ist ein Grundsatzproblem für alle Staaten, die Beziehungen, insbesondere auch wirtschaftliche Beziehungen zu Südkorea haben wie die Vereinigten Staaten, Japan, die Bundesrepublik Deutschland und die EG-Staaten.

3. Für eine Beurteilung der politischen Situation in diesen Ländern ist nicht die Frage entscheidend, ob bestimmte Organisationsstrukturen der westlichen Demokratien, wie Präsidialsystem oder Kabinettsystem vorhanden sind, sondern die verfassungsrechtliche Möglichkeit eines demokratischen Machtwechsels und die Einhaltung der Menschenrechte. Willkürliche Verhaftungen, Mißbrauch beim Einsatz der Geheimpolizei, Unterdrückung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Folter und Ausweisung Andersdenkender dürfen von den demokratischen Staaten nicht hingenommen werden. Dies gilt auch für die Bundesregierung. Soge-

nannte stille Hilfe genügt nicht. Alle Oppositionsführer, sowohl in Südkorea wie in Chile, haben bestätigt, daß die wirksamste Hilfe zum Schutz vor Repressalien und Willkür die öffentliche Anteilnahme der westlichen Demokratien ist.

Die deutschen Botschaften haben in diesen Ländern auch die Aufgabe, gegen die Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Bevölkerung, gegen die Behinderung demokratischer Parteien und ihrer Repräsentanten Stellung zu beziehen und außerdem nicht nur Kontakte zur Regierung, sondern auch zur demokratischen Opposition aufrecht zu erhalten und zu pflegen.

Nicht zu verantworten ist eine direkte oder indirekte Unterstützung von repressiven Maßnahmen durch Vertreter der deutschen Botschaft.

Bemängelt wird von der demokratischen Opposition vor allem auch die geringe Anteilnahme der demokratischen Regierungen der EG-Staaten für die Interessen der Opposition. Die weltweite Anerkennung von Menschenrechten muß daher zu einem Gegenstand der Beratungen des europäischen Ministerrates gemacht werden. Dabei kann die Menschenrechtserklärung der Christlich Demokratischen Internationale eine Diskussionsgrundlage sein.

Deutsche Politiker, die diese Länder besuchen, sollten dort nicht nur über wirtschaftliche Beziehungen und die ökonomische Interessenvertretung der Bundesrepublik Deutschland sprechen, sondern auch mit der demokratischen Opposition Kontakt aufnehmen, Termine vereinbaren, gegen Menschenrechtsverletzungen protestieren, Gefangene in den Gefängnissen besuchen. Dies erwarte ich insbesondere von christlich demokratischen Politikern.

**4. Für die Aufrechterhaltung repressiver Maßnahmen in diesen Ländern gibt es**

keinen objektiven Grund. Es drängt sich vielmehr der Eindruck auf, daß unter dem Vorwand der Kommunismusbekämpfung eine militärische Oligarchie von 60 bis 80 Generalen sich an der Macht halten will und sich daher weigert, einer wirklichen demokratischen Abstimmung zu stellen.

Die von mir gemachten Vorschläge bedeuten keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der betreffenden Staaten. Freie demokratische Betätigung und die Achtung der Menschenrechte sind in der UN-Charta vereinbart. Das Bekenntnis zu den Menschenrechten verpflichtet die Christlich Demokratische Union und damit auch die von ihr getragene Bundesregierung, für politische und aus Glaubensgründen Gefangene und Verfolgte in der ganzen Welt einzutreten. Menschenrechte und Grundfreiheiten müssen in aller Welt gegenüber dem Souveränitätsprinzip Vorrang haben.

## Die SPD und der Konjunktiv

SPD-Sprecher Clement hat sich aus gegebenem Anlaß im Deutschlandfunk über das Befinden der SPD und ihres Kanzlerkandidaten Rau geäußert. Seine Einschätzung: „Wir könnten besser aussehen!“

Sodann skizziert Clement die Zukunft der SPD mit vielen absichtsvollen Sätzen, die er alle mit den Worten, „wir könnten, sollten und würden“ anreicht. Offenbar hat die SPD den Konjunktiv als neuen Hoffnungsträger entdeckt. Denn, wie heißt es im Brockhaus: „Der Konjunktiv, der Modus der Möglichkeit, des Wunsches, der Unwirklichkeit, also einer nur erstrebten Verwirklichung: unverbindliche Aussageweise.“

**Besser kann man die SPD-Wahlkampfstrategie nicht beschreiben.**

Helmut Kohl:

# Wir haben den Landwirten schnell und unbürokratisch geholfen

**Auf einer Kundgebung der Katholischen Landvolkbewegung in Paderborn am 19. Juli 1986 erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl u.a.: Unser demokratischer Rechtsstaat wurde aufgebaut in einem zerstörten Land. Damals, im August 1945, schrieben die deutschen katholischen Bischöfe in ihrem ersten gemeinsamen Hirtenbrief: „Eine Zeit reiner Diesseitigkeit ist zusammengebrochen und hat uns ein ungeheures Trümmerfeld hinterlassen.“**

Sie mahnten die Menschen, nicht mutlos die Hände in den Schoß zu legen. „Nein“, so sagten sie, „wir wollen in gläubigem Gottvertrauen mutig Hand anlegen, treu und unentwegt arbeiten, in selbstloser Liebe einander helfen, in rechter Verbundenheit zueinander stehen.“

Aus diesem Geist heraus fanden die Menschen damals die Kraft zum Neubeginn. Gerade die ländliche Bevölkerung hatte daran großen Anteil. Ohne ihre tatkräftige Hilfe wäre das Elend so vieler gerade in den Städten noch größer gewesen.

Die Bundesregierung mißt der weiteren Entwicklung des ländlichen Raumes eine sehr hohe politische Bedeutung zu. Etwa die Hälfte unserer Bevölkerung lebt dort. Der ländliche Raum wurde über Jahrhunderte von bäuerlichen Traditionen geprägt. Wir wollen dieses Erbe bewahren. Wir wollen insbesondere den bäuerlichen Familienbetrieb erhalten, weil dies auch viel mit den Grundlagen unserer freiheitlichen Gesellschaft zu tun hat.

Der Wille des Bauern zum Eigentum hat

große Symbolkraft für eine freie Gesellschaft, denn er ist getragen von der Einsicht, daß es ohne das Prinzip Eigentum keine Freiheit gibt. Und auch die sehr präzise Vorstellung unserer Bauernfamilien von Kontinuität und Tradition über Generationen hinweg tut unserer Gesellschaft sehr gut.

Papst Johannes XXIII. hat es in einer Enzyklika „Mater et Magistra“ so ausgedrückt: „Wer ... die Würde des Menschen und der Familie schon ihrer Natur entsprechend und darüber hinaus im Sinne der christlichen Lehre wertet, dem schwebt ein bäuerlicher Betrieb als erstrebenswert vor, der eine echte Personengemeinschaft darstellt, wo die wechselseitigen Beziehungen der Glieder und die ganze Gestaltung des Betriebs den Maßstäben der Gerechtigkeit und der christlichen Lehre entsprechen. Dies gilt in besonderer Weise für die bäuerlichen Familienbetriebe.“

Wenn Sie so wollen, sind das Sätze, die ich jederzeit in einer Regierungserklärung aufnehmen kann, weil sie genau umschreiben, was ich mir unter einem bäuerlichen Familienbetrieb vorstelle. Unsere Landwirtschaft darf nicht in Agrarfabriken aufgehen. Ihr Fundament müssen die bäuerlichen Familienbetriebe bleiben. Dazu gehören auch diejenigen, die in einer landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstelle tätig sind.

Auch deswegen hat sich die Bundesregierung zu massiven Hilfen für unsere Bauern entschlossen. Sie sind gewiß nicht durch eigenes Zutun in diese schwierige Lage gekommen. Die Ursache der Krise

liegt in einer inkonsequenten, widersprüchlichen Agrarpolitik:

Zuerst hat man die Landwirte jahrelang aufgefordert, die Produktion nach oben zu treiben. Man hat ihnen vorgeschlagen, Feuchtgebiete trockenzulegen, alle Methoden der Düngung zu nutzen und die Tierhaltung auszuweiten. Die Probleme der Überproduktion, die die Folge waren, wurden in den 70er Jahren nicht angegangen. Heute werden deshalb Subventionen für Brachflächen und Schlachtpremien gezahlt.

Was soll ein Landwirt davon halten, wenn er zuerst staatliche Mittel zum Bau

**Am Samstag, dem 11. Oktober 1986, findet in der Weser-Ems-Halle in Oldenburg eine ganztägige Veranstaltung für die Zielgruppe ländlicher Raum statt. Als Hauptredner wird der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, erwartet. Anmeldungen sind an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Organisation, zu richten.**

neuer Ställe für Milchkühe erhält und dann das Schlachten der eben angeschafften Tiere subventioniert wird?

Es geht darum, mit diesem Hin und Her Schluß zu machen und in der EG eine verlässliche Agrarpolitik durchzusetzen. Dabei bleibt es Ziel der Bundesregierung, die negativen Auswirkungen der weltweiten agrarpolitischen Schwierigkeiten auf die deutsche Landwirtschaft auszugleichen und abzufedern.

Deshalb haben wir seit 1982 im nationalen Rahmen Entscheidungen getroffen, um die Einkommen zu stützen und insbesondere den kleinen und mittleren Betrieben einen Ausgleich zu ermöglichen. Ich möchte nur die wichtigsten Maßnahmen nennen:

■ die Erhöhung der Vorsteuerpauschale

um 5 % als Ausgleich für den teilweisen Abbau des deutschen Währungsausgleichs;

■ die Verbesserung der Einkommensbeihilfen für Betriebe in benachteiligten Gebieten;

■ die Erhöhung der Bundesmittel für die landwirtschaftliche Altershilfe und eine spürbare Entlastung der kleinen und mittleren Betriebe von den Sozialbeiträgen für Altershilfe, Unfallversicherung und Krankenversicherung;

■ die Wiederaufstockung der Bundesmittel für die landwirtschaftliche Unfallversicherung;

■ die Einbeziehung der bäuerlichen Familie in die Erziehungsgeldregelung,

■ eine flexiblere Ausgestaltung der einzelbetrieblichen Förderung mit der Folge der Kostenentlastung, insbesondere in den kleinen und mittleren Betrieben

■ und steuerliche Entlastungen zur Erleichterung des strukturellen Anpassungsprozesses, insbesondere auch bei der Abfindung von Erben oder bei Verkauf und Aufgabe kleiner Betriebe. Diese Maßnahmen sind besonders bedeutsam für die soziale Absicherung des Strukturwandels.

Schnell und unbürokratisch — gerade auch im internationalen Vergleich — konnten wir beim Ausgleich für die Schäden der Landwirte infolge des sowjetischen Reaktorunfalls helfen.

Diese nationalen Maßnahmen können zwar das eigentliche Problem in der europäischen Agrarpolitik nicht lösen; sie mildern jedoch die negativen Einkommensauswirkungen der EG-weiten und weltweiten Überschußproduktion.

Solche Fehlentwicklungen sind nicht zuletzt entstanden, weil es schon in den 70er Jahren versäumt wurde, die europäische Agrarpolitik den Erfordernissen der Landwirtschaft anzupassen und Brüsseler Regelungen an neue technische und bio-

logisch-technische Entwicklungen anzugleichen.

Das Allernotwendigste haben wir in der EG inzwischen auf den Weg gebracht: Wir haben den finanziellen Spielraum der Europäischen Gemeinschaft erhöht, damit die Marktordnungen überhaupt wieder finanzierbar wurden; wir haben für den Milchmarkt eine Garantienregelung eingeführt, um den Zusammenbruch der Marktordnung zu vermeiden.

Ein sehr schwieriger und langwieriger Weg zur Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik liegt aber noch vor uns.

Ich habe am 14. April und am 30. Juni 1986 sehr ausführlich mit allen Landespräsidenten des Bauernverbandes über die Situation und die Chancen für die deutsche Landwirtschaft beraten. Wir

werden am 16. September wieder zusammenkommen, um gemeinsam eine längerfristige verlässliche Perspektive zu erarbeiten.

Ich möchte gemeinsam mit den Bauern zu einem Konzept kommen, das für die deutsche Landwirtschaft innerhalb des europäischen Marktes tragfähig ist.

Obwohl die EG-Agrarpolitik die deutschen Bauern vor große Probleme stellt, bin ich mit den Vertretern des Berufstandes einig, daß eine Renationalisierung nicht in Frage kommt. Wir müssen Lösungen innerhalb der Gemeinschaft finden.

Unser Ziel ist es, in einem mehrjährigen Prozeß eine Marktentlastung herbeizuführen, ohne die einkommenspolitische Absicherung über den Preis aufzugeben. Wir wollen, daß die deutsche Landwirtschaft leistungsfähig bleibt.

## **Verbesserungen für ausländische Arbeitnehmer**

Das Bundeskabinett hat dem Vorschlag von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm für eine Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung zugestimmt. Damit sollen die rechtlichen Grundlagen für die Integration der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien weiter verbessert werden.

Ausländische Arbeitnehmer, die seit vielen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland leben und überwiegend hier gearbeitet haben, sollen einen besseren Status für den freien Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erhalten. Dies steht auch in Übereinstimmung mit einer Entschluß des Bundesrates und eines Beschlusses des Deutschen Bundestages. Ausländischen Arbeitnehmern wird künftig ein von der Arbeitsmarktlage unabhängiger Anspruch auf die Arbeitserlaub-

nis zustehen, wenn sie in den letzten acht Jahren fünf Jahre lang eine unselbständige Beschäftigung rechtmäßig im Bundesgebiet ausgeübt haben. Bisher konnte ein bereits erworbener Rechtsanspruch auf die Arbeitserlaubnis entfallen, wenn der Ausländer länger als drei Monate nicht beschäftigt war.

## **Rentenbescheide lesbarer**

Die Rentenbescheide werden künftig verständlicher und lesbar. Wie Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in „Bild“ erklärte, verzweifeln viele Mitbürger am Renten-Chinesisch des Bescheids. Er wird jetzt einfacher und bürgernäher gestaltet. Das stärkt auch das Vertrauen in die Rentenversicherung.

Wer zukünftig in Rente geht, soll auf einen Blick Art und Höhe seiner Rente, Zahlungsbeginn, eine eventuelle Nachzahlung und den Krankenkassenbetrag erkennen können.

# Das Versagen der SPD in der Schul- und Bildungspolitik

**Streit ist zum fragwürdigen Markenzeichen der SPD-Bildungspolitik geworden, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses Kulturpolitik der CDU, Staatssekretär Anton Pfeifer (MdB), auf einer Pressekonferenz in Bonn zur Schulpolitik der SPD. In allen Bundesländern, in denen die SPD in der Regierungsverantwortung steht, betreibt sie immer deutlicher eine Politik gegen den Willen der Eltern und zum Nachteil der heranwachsenden Generation.**

Eltern werden gezwungen, immer wieder um den Bestand von qualifizierten Hauptschulen, Realschulen oder Gymnasien zu kämpfen. Aufwendige Gerichtsverfahren wurden geführt, um die Qualität der Schulbildung sicherzustellen. Ältere Schüler bewegt inzwischen die Frage, was ihre in SPD-regierten Ländern erworbenen Abschlüsse auf dem mobiler werdenden Arbeitsmarkt noch wert sind.

Statt sich auf die gewandelten Anforderungen an die Bildungspolitik angesichts der neuen technologischen Entwicklungen zu konzentrieren, versucht die SPD, ihrer alten Bildungsideologie neue Schubkraft zu verleihen. Dem Parteivorstand liegt ein „neues“ Konzept des sozialdemokratischen Verständnisses von Bildung vor, das den aberwitzigen Versuch unternimmt, eine Bildungspolitik für die 90er Jahre in der Kontinuität mit den gleichen bildungspolitischen Rezepten zu formulieren, mit denen die SPD bereits in den 70er Jahren gescheitert ist. Da es eine solche „Kontinuität“ aber nicht in den Inhalten, sondern nur in der ideologischen Begründung geben kann, ist der Entwurf des „neuen“ bildungspoli-

tischen Programms der SPD als markanter Versuch zu werten, eine Re-Ideologisierung der Bildungspolitik einzuleiten. Die SPD schickt sich an, längst ausgestanden geglaubte Schulkämpfe von gestern neu zu beleben.

Sie hat die Herausforderungen der Zukunft offensichtlich nicht erkannt. Weil der technische Fortschritt unsere Tätigkeitsstrukturen intensiv verändert, müssen die Schulen verstärkt ein breites Grundlagenwissen vermitteln, auf dem Studium, Berufsausbildung und Weiterbildung aufbauen können. SPD-geführte Bundesländer gehen einen entgegengesetzten Weg, indem sie, oft gegen den massiven Widerstand der Bürger, nivellierende Integrationssysteme durchzusetzen versuchen, deren Bildungsgänge überwiegend nicht zu mehr Qualifikation führen. So ist z. B. das Ziel der Kollegschule in Nordrhein-Westfalen, innerhalb von drei Jahren eine doppelte Qualifikation für Hochschule und Beruf zu vermitteln, nicht ohne Verlust an Niveau zu erreichen. Wer heute zukunftsorientierte Bildung vermitteln will, muß differenzieren statt integrieren.

Ein neuer Schulkampf um schulorganisatorische Fragen wäre ein verhängnisvoller Anachronismus. Die von der SPD in der Kultusministerkonferenz erreichten Kompromisse über die Anerkennung von Abschlüssen der Gesamtschulen oder der Kollegschule in Nordrhein-Westfalen gehen langfristig mit Sicherheit zu Lasten der Schüler dieser Schulen, die zwar formal, nicht aber inhaltlich gleiche Abschlüsse vorweisen können. Die SPD wird es in nicht allzu ferner Zeit zu beantworten haben, wenn die in ihren Län-

den erworbenen Bildungsabschlüsse auf immer massivere Vorbehalte bei Ausbildern, Betrieben und Hochschulen stoßen. Den jungen Menschen ist am allerwenigsten damit geholfen, wenn ihre Discount-Abschlüsse dazu führen, daß am Beginn weiterer Bildungsgänge oder zum Berufsstart neue Eingangsprüfungen eingeführt werden müßten.

Die CDU nimmt zur Kenntnis, daß die SPD ganz offensichtlich einen ideologisch begründeten Kampf um die Schulen führen will. Die CDU wird sich dieser Auseinandersetzung unter zwei Gesichtspunkten stellen:

1. Wer den Leistungsgedanken in Bildung und Ausbildung durch grundsätzliche Leistungsfeindlichkeit oder durch Nivellierung untergräbt, zerstört die Voraussetzungen unserer sozialen Sicherheit. Bildungseinrichtungen haben auch die Aufgabe, den jungen Menschen an die Leistungsanforderungen, die im späteren Berufsleben an sie gestellt werden, schrittweise und altersgemäß heranzuführen.

Es trifft nicht zu, daß dieser Grundsatz den Schüler zum „bloßen Objekt von Herrschaft und Marketing“ macht, wie es die SPD in ihrem bildungspolitischen Programm behauptet.

2. Für die CDU ist jeder weitere Kompromiß in der Kultusministerkonferenz, der es SPD-geführten Ländern erlaubt, formal gleichwertige Abschlüsse mit inhaltlich unzureichendem Anforderungsprofil zu vergeben, nicht mehr zumutbar. Die CDU wird auf der Einhaltung von Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz bestehen. Dort, wo SPD-regierte Länder gegen getroffene Vereinbarungen verstoßen, können deren Abschlüsse nicht mehr anerkannt werden. Ein Bildungsgefälle zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland muß im Interesse der Lebenschancen der jungen

Generation verhindert werden.

SPD-Kanzlerkandidat Rau hat in Reden und Interviews mehrfach versprochen, er werde nach einem Wahlsieg der SPD als eine der ersten Maßnahmen das Schüler-BAföG wieder einführen. Dieses Wahlversprechen ist absolut ungläubwürdig; Rau muß sich hier an seinem eigenen landespolitischen Versagen messen lassen. Denn Tatsache ist, daß in Nordrhein-Westfalen die Mittel für die Schülerförderung dafür erhalten mußten, die schlimmsten Löcher im hoch verschuldeten Landeshaushalt zu stopfen. Die Haushaltsansätze für die Ausbildungsförderung von Schülern wurden von 360 Millionen Mark im Jahr 1980 auf 133 Millionen Mark im Jahr 1985 zusammengestrichen.

Wenn für den Kanzlerkandidaten der SPD das Schüler-BAföG eine so hohe Priorität besitzen würde, wie er es behauptet, dann hätte er in einer landeseigenen Gesetzgebung diese Schülerförderung ausbauen können. Aber mehr als vier Jahre lang hat er in Nordrhein-Westfalen genau das Gegenteil getan.

## Fast zwei Drittel für Vermummungsverbot

Bei der nach den Auseinandersetzungen um Wackersdorf und Brokdorf im Auftrag der Illustrierten „Quick“ vorgenommenen Umfrage der Wickert-Institute befragten es rund 65% der Bundesbürger, daß es Teilnehmern von Demonstrationen verboten wird, sich zu vermummen und damit der strafrechtlichen Verfolgung zu entziehen. Die meisten Befürworter fanden sich unter den CDU/CSU-Wählern mit 82%, aber auch 69% der SPD-Anhänger und 53% der Freien Demokraten stimmten für ein Vermummungsverbot. Bei den Grünen waren nur noch 24% für ein solches Verbot.

# Gesamtschulpolitik mit der Brechstange

## Erfahrungen mit der SPD-Bildungspolitik in den Ländern

**Seit den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz von Bremerhaven über die gegenseitige Anerkennung der an Gesamtschulen erworbenen Abschlüsse im Jahr 1981 fand die Schulpolitik kaum noch bundespolitische Aufmerksamkeit. Alle Beteiligten haben dies als wohltuend empfunden; nichts schadet dem pädagogischen Klima an den Schulen mehr als lautstark ausgetragene ideologische Auseinandersetzungen.**

Inzwischen ist der Zeitpunkt gekommen, bundesweit darauf hinzuweisen, daß die Schulpolitik der SPD in den Ländern, in denen sie Regierungsverantwortung trägt, zu einem immer deutlicher erkennbaren Bildungsgefälle gegenüber CDU-geführten Bundesländern führt. In ideologischer Engstirnigkeit betreibt die SPD eine Politik der Zerschlagung des bewährten gegliederten Schulwesens. An seine Stelle sollen Gesamtschulen und andere integrierte Schulsysteme treten, die in aller Regel formale Abschlüsse nur unter Preisgabe von Qualität vergeben können. Eltern, Lehrer und Gemeinden werden gezwungen, um den Bestand hochqualifizierter Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien zu kämpfen. Höchststrichterliche Urteile mußten erwirkt werden, um das Niveau der Schulbildung nicht allzu kraß absinken zu lassen. Die Schulpolitik in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Saarland beweist, daß die SPD die ideologischen, gesellschaftsverändernden Ziele der siebziger Jahre offensichtlich wiederbeleben und als Konzept für die neunziger Jahre durchsetzen will: Konzepte, mit denen die SPD schon in der Vergangenheit gescheitert ist. Die Schulpolitik der SPD spaltet unser Volk,

obwohl gerade die Schule einen Beitrag zur Versöhnung leisten muß.

Die CDU-geführten Länder haben sich im Rahmen ihrer Politik der differenzierten Bildungsangebote in den letzten Jahren vor allem auf inhaltliche Fragen konzentriert wie z.B. die informationstechnische Grundbildung, die Ausgestaltung der beruflichen Fachbildung und Weiterbildung sowie die Weiterentwicklung eines zukunftsweisenden Konzeptes der Allgemeinbildung.

Die CDU hält das gegliederte Schulwesen für sozial gerechter und leistungsstärker. Es ist besser geeignet, die Schüler ihren Begabungen und Neigungen entsprechend zu fördern. Gesamtschulen müssen, dort, wo sie bestehen, in ihrem fachlichen Angebot, in ihren differenzierten Leistungsanforderungen und in den Abschlüssen dem gegliederten Schulwesen gleichwertig sein. Wenn die Ergebnisse vergleichbar sind, dann geht es nicht mehr um die bessere oder schlechtere Schule, sondern um die jeweils andere Schule, die auf ihre Weise menschliche Vielfalt fördert. Die SPD provoziert einen völlig anachronistischen Schulstreit, indem sie ihr neuestes bildungspolitisches Programm umsetzt, in dem erstmals die totale Beseitigung des gegliederten Schulwesens als Zielvorgabe festgeschrieben ist. Sie betrügt damit junge Menschen um ihre Berufschancen, bevor diese überhaupt in das Berufsleben eingetreten sind.

### Beispiel: Saarland

In keiner Länderverfassung ist das gegliederte Schulwesen so stark verankert wie im Saarland. Das hinderte die neue SPD-Landesregierung jedoch nicht, ihr Ge-

samschulkonzept sozusagen mit der Brechstange durchzusetzen. Innerhalb weniger Wochen wurde ein Gesetz im Landtag durchgepeitscht, das es möglich macht, Gesamtschulen „als gleichwertige und gleichberechtigte Schule der Regelform“ zu errichten. Da angesichts zurückgehender Schülerzahlen für zusätzliche Schulen aber kein Bedarf ist, hat der neue Kultusminister Breitenbach die Anforderungen für das Fortbestehen von Schulen im gegliederten System künstlich heraufgeschraubt. Für Haupt- und Realschulen sind die Mindestschülerzahlen pro Jahrgang auf 40 festgesetzt, für das Gymnasium auf 50. Zusammen sind also 130 Schüler zum Erhalt gegliederter Schulen notwendig, während andererseits bereits 60 Schüler ausreichen, um eine Gesamtschule zu errichten.

So mußten bereits im Schuljahr 1985/86 insgesamt 29 Hauptschulen geschlossen werden; von den noch verbleibenden 102 Hauptschulen sind weitere 46 von der Schließung bedroht. Nach zwei Jahren SPD-Regierung im Saarland wird praktisch die Hälfte aller Hauptschulen verschwunden sein, um Platz zu schaffen für Gesamtschulen. Bedroht sind ferner alle 21 vierklassigen Realschulen und rund 30 Grundschulen.

In den saarländischen Gesamtschulen sollen demnächst alle Schüler — vom Sonderschüler bis zum hochbegabten Gymnasiasten — gemeinsam unterrichtet werden, in den Klassen 5 und 6 sogar nach den gleichen Lehrplänen. Dabei ist ein Verlust des Leistungsniveaus unvermeidlich: Der Sonderschüler würde nicht gefördert, und der Begabte würde nicht gefordert.

Bereits 1978 hatten sich die Bürger Nordrhein-Westfalens gegen die Schulpläne der SPD erfolgreich zur Wehr gesetzt. Auch im Saarland gibt es massiven Widerstand gegen die SPD-Schulpolitik. Ei-

**Auf einer Pressekonferenz in Bonn am 6. August 1986 nahmen der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im saarländischen Landtag, Gerd Meyer (MdL), der schulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul (MdL), und der kulturpolitische Sprecher der CDU Hessen, Bernhard Sälzer (MdEP), zur Gesamtschulpolitik der SPD Stellung.**

ne Aktionsgemeinschaft „Rettet die Schulen“ brachte innerhalb einer Woche 35 000 beglaubigte Unterschriften zusammen. Im Saarbrücker Stadtteil Dudweiler (35 000 Einwohner) traten 14 000 Bürger mit ihrer Unterschrift für den Erhalt des Gymnasiums ein. Die Landesregierung hat die Entscheidung über das Volksbegehren so lange hinausgeschoben, bis sie ihr neues Schulgesetz unter Dach und Fach hatte. Danach hat sie das Volksbegehren wegen angeblicher Finanzwirksamkeit nicht zugelassen. Ganz bewußt hat die SPD ein Verfassungsrecht der Bevölkerung durch Verfahrenstricks unterlaufen. Dagegen hat die Aktionsgemeinschaft „Rettet die Schulen“ Klage eingereicht.

Die CDU hat gegen die Schulrechtsnovelle ein Normenkontrollverfahren vor dem Landesverfassungsgerichtshof angestrengt; Gutachten belegen, daß das neue Gesetz von Kultusminister Breitenbach in mehreren Punkten verfassungswidrig ist. Durch die Verfassungsklage soll verhindert werden, daß im Saarland ein großräumiges Schulsterben einsetzt, bei dem zuletzt nur noch ungenügend differenzierte Gesamtschulen übrigbleiben.

Inzwischen konnte durch die Anrufung des Verwaltungsgerichtes die Schließung von fünf Schulen vorerst verhindert werden. Der Widerspruch der Landesregie-

rung gegen diese Entscheidungen ist vom Oberverwaltungsgericht zurückgewiesen worden.

### Beispiel: Hessen

In keinem anderen Bundesland hat die SPD so massiv versucht, ihre Bildungspolitik unter Umgehung der einschlägigen Verfassungsbestimmungen zu gestalten wie in Hessen. Durch das „Oberstufenurteil“ vom 30. Dezember 1981 mußte klar gestellt werden, daß die Schüler in Hessen Anspruch auf ordentlichen Geschichtsunterricht haben. Durch ein weiteres Urteil des Staatsgerichtshofes vom 4. April 1984 wurde festgestellt, daß die geplante landesweite Einführung der Förderstufe (5. und 6. Schuljahr) ohne gesetzliche Grundlage ist. Gerade in Hessen hat sich gezeigt, daß in der SPD-Bildungspolitik Ideologie vor Recht und Gesetz geht.

Während die völlige Integration der Mittelstufe in Hessen schon weit fortgeschritten ist, tritt die Integration der Sekundarstufe II mit der Verbindung von gymnasialen Oberstufen und beruflichen Schulen jetzt in ein entscheidendes Stadium. Zur Durchsetzung ihrer Ziele wählt die Landesregierung den unauffälligen Verwaltungsweg, der vor den Bürgern durch eine Vielzahl von kleinen und äußerlich unscheinbaren Änderungen die tiefgreifende Umgestaltung des Schulwesens verschleiert. Mit dieser Taktik entzieht die SPD ihre Schulpolitik bewußt und gezielt der öffentlichen politischen Meinungsbildung und Entscheidung.

Durch die Koalition von SPD und Grünen wurde in Hessen die Schulpolitik noch stärker umgekrempelt. Die integrierte Gesamtschule wurde zum alleinigen Entwicklungsziel des hessischen Schulwesens erklärt. Sonderschulbedürftige

Kinder sollen in die Regelschule auch dann „integriert“ werden, wenn sie deren Unterrichtsziele nicht erreichen. Die Zwangsförderstufe ohne Differenzierung nach Eignung und Leistung soll bis 1987 flächendeckend eingeführt sein. Die Hessische Landesregierung lebt in einem Dauerkonflikt mit der hessischen Elternschaft. Gegen das Zwangsförderstufengesetz haben 200 000 Hessen durch ihre notariell beglaubigte Unterschrift eine Volksklage beim Hessischen Staatsgerichtshof durchgesetzt.

Folge dieser Politik ist es, daß die Eltern in Hessen heute kaum noch klare Vorstellungen über die spezifischen Aufgaben und Ziele der gegliederten Schulen haben. Hinsichtlich der Schullaufbahn ihrer Kinder zeigen hessische Eltern ein hohes Maß an Unsicherheit, weil ihnen Vergleichsmaßstäbe fehlen. Lediglich an der Nahtstelle zum benachbarten Bundesland Rheinland-Pfalz sind Vergleiche noch möglich: Hier wechseln rd. 2 600 Schüler täglich die Landesgrenze, um gegliederte Schulen in Rheinland-Pfalz besuchen zu können. Noch steht eine Untersuchung darüber aus, wie viele Kinder von SPD-Politikern von dieser qualifizierten Möglichkeit Gebrauch machen.

In Hessen konnten zum ersten Mal auch die Grünen ihre bildungspolitischen Vorstellungen durchsetzen. Ihnen wurden fünf „freie Schulen“ mit bevorzugter finanzieller Förderung zugestanden.

Diese Schulen müssen sich nicht nach den Lehrplänen richten; sie sollen nach dem Prinzip der „demokratischen Selbstbestimmung aller am Lernprozeß Beteiligten“ funktionieren. Diese Konzeption entspricht dem Wahlprogramm der hessischen Grünen, in dem es heißt: „In der freien Schule entscheiden die Betroffenen, also Schüler, Lehrer und Eltern, gemeinsam, was, wo, wann, wie, warum gelernt wird.“

## Beispiel: Nordrhein-Westfalen

Der unlängst von Ministerpräsident Rau entlassene Schul-Staatssekretär Kleiner, der dem Druck des linken SPD-Flügels weichen mußte, hat der Landesregierung eine „aggressive Gesamtschulpolitik“ bescheinigt. Mit allen Mitteln wird in NRW versucht, das gegliederte Schulwesen durch Gesamtschulen zu verdrängen.

Lehrer, die für das gegliederte Schulwesen werben, bekommen vom Kultusminister des Landes einen Maulkorb verpaßt. Andererseits reisen Gesamtschulleiter als dienstbefreite Propagandaabteilung des Kultusministeriums durchs Land. Die Information der Grundschulleitern über die Schullaufbahnmöglichkeiten durch Vertreter der weiterführenden Schulen wurden per Erlaß verboten. Als Modell „tabula rasa“ wird wohl die neueste Taktik der SPD in die Erlaßgeschichte eingehen, derzufolge die gesetzlich vorgeschriebenen Elternbefragungen vor der Neuerrichtung einer Gesamtschule nicht mehr nach dem Ergebnis in absoluten Zahlen gewertet, sondern einer amtlichen „Bewertung“ unterzogen werden. Mit anderen Worten: nicht der Elternwille entscheidet, sondern die an politische Weisungen gebundenen Aufsichtsbehörden der Regierungspräsidenten.

Die aggressive Gesamtschulpolitik der SPD wird zum Tod von etwa einem Drittel der bestehenden 2400 weiterführenden Schulen in NRW führen. In den 396 Kommunen des Landes werden rund 800 Schulen geschlossen werden müssen. Angesichts zurückgehender Schülerzahlen bedeutet dies, daß die Chance, ein differenziertes und zugleich wohnortnahes Schulsystem zu erhalten, ideologischen Zielen geopfert wird. Die ortsnahe Schule soll durch die rote Zentralschule ersetzt werden, die nur mit vier bis sechs Zügen funktionsfähig ist und deshalb ein viel größeres Einzugsgebiet benötigt. So, wie

in NRW die Einheitsschule durchgepaakt wird, kann von „konstruktiver Ergänzung“ der bestehenden Schulen, wie die SPD behauptet, keine Rede sein; hier wird die „destruktive Vernichtung“ des gegliederten Schulwesens vollzogen.

Neben der intensiv betriebenen Durchsetzung der Gesamtschule gibt es in NRW noch eine Spezialität der SPD-Bildungspolitik: die Kollegschule. Dieser Schultyp hat sich Großes vorgenommen: Die Absolventen sollen gleichzeitig einen Berufs- und Schulabschluß erhalten; jeder Achtzehnte sogar das Abitur. Was in der Regel nur nacheinander erreicht werden kann, soll hier in einem Zug erzielt werden. Wie kann das erreicht werden? Sehr einfach: Wichtige Inhalte werden verkürzt, der Unterricht erfolgt nicht Schritt für Schritt aufbauend, sondern in einzelnen Projekten; die Fülle des am Gymnasium zu erlernenden Stoffes verkommt zu einer beliebigen Auswahl. Ein Billigweg zur allgemeinen Hochschulreife.

Die Politik der Zerschlagung des gegliederten Schulwesens steht in krassm Gegensatz zum Schulwahl-Verhalten prominenter SPD-Politiker. So hat beispielsweise der SPD-Fraktionsvorsitzende Friedhelm Farthmann die schulische Erziehung seiner Kinder einem bekannten Ursulinen-Gymnasium anvertraut.

Der SPD-Kanzlerkandidat Rau täuscht seine Wähler, wenn er so tut, als werde seine Partei die Freiheit der Wahl zwischen gegliedertem Schulwesen und integrierten Schulsystemen erhalten: „Ich bin der Überzeugung, daß es die Chance, ein Kind auf die Gesamtschule zu schicken, geben muß, und ich bin der Meinung, daß Eltern, die ihr Kind lieber aufs Gymnasium oder die Realschule schicken, das auch können müssen.“ (Rheinische Post, 20. Juni 1986)

Diese Zusage ist nichts wert. Die Bildungsplaner der SPD haben sich bereits

# Das war Spitze, Herr Kanzler!

**„Kohls Bäderreise“ — so oder ähnlich lauteten die Schlagzeilen des großen Echos in den Medien über den Wahlkampfauftakt von Bundeskanzler Helmut Kohl.**

Einen Tag lang reiste der Bundeskanzler, begleitet von seiner Frau Hannelore und Finanzminister Gerhard Stoltenberg, am 22. Juli 1986 in Nordfriesland von Ort zu Ort. Allein 6000 bis 7000 Zuhörer fand die Veranstaltung in St. Peter Ording, 3000 die auf Amrum; ähnliche Größenordnungen wurden auf den übrigen Stationen erreicht. Angesprochen wurden damit die Wähler Schleswig-Holsteins, aber auch die Urlauber aus den anderen Bundesländern. Das Ganze fand in lockerer Atmosphäre statt mit nur wenig Politik, einer kurzen Bilanz der Erfolge.

Einige Tage später starteten dann verschiedene Teams aus der CDU-Bundesgeschäftsstelle zusammen mit Orts- und

eindeutig festgelegt: „Ein Nebeneinander von gegliedertem Schulsystem und Gesamtschule sollte befristet sein ...

Schließlich soll ... die Gesamtschule die einzige Schulart sein.“ (Beschluß der Kommission für Bildungspolitik beim Parteivorstand der SPD, 11. März 1986)

**Der Fall Kleiner hat gezeigt, daß Rau fest am Zügel der bildungspolitischen Scharfmacher seiner Partei geführt wird. Gehorsam übernahm er vor dem Schulausschuß des nordrhein-westfälischen Landtages am 26. Juli 1986 deren Position: „Die Gesamtschule ist die vorzugswürdigere Schule.“**

**Herr Rau wird seinen Wählern erklären müssen, welche seiner widersprüchlichen Aussagen in Zukunft gilt.**

Kreisverbänden ihre Canvassing-Aktion „Ein Sommer mit der CDU“: Politik für jung und alt, mit Diskussionen und Informationen, Spiel und Sport.

## Hierzu einige Pressestimmen:

*Eine so breite Resonanz auf den Informationsstand der CDU Mönesees während des Brückenfestes hatten selbst die Optimisten nicht erwartet. Nicht nur der Luftballonwettbewerb war besonderer Anziehungspunkt für Kinder, auch Vorstands- und Fraktionsmitglieder wurden immer wieder in nachhaltige Diskussionen einbezogen. Themen aus der Gemeinde — wie der „großen Politik“ zeugten von dem weitgespannten Interesse der Besucher.*

Soester Anzeiger, 2.8.1986

*Sehr zufrieden war der Oer-Erkenschwicker CDU-Parteivorsitzende Josef Bakenfelder mit der Beteiligung der Oer-Erkenschwicker Bürger am Luftballonwettbewerb: „... Insgesamt schickten wir 400 Luftballons in die Luft. Was mich sehr überraschte war, daß sehr viele Auswärtige hieran teilnahmen — sogar ein kleiner Junge aus Italien ließ einen Ballon aufsteigen.“*

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 30.7.1986

*Mit Informationsmaterial, einem Luftballonwettbewerb und kleinen Werbegeschenken präsentierte sich das heimische CDU-Sommer-Team beim Brückenfest in Mönesees-Körbecke. Das Team, das sich aus jungen Leuten zusammensetzt, die sich aktiv für die Politik der Christdemokraten einsetzt, bildet mit seiner Tour einen Teil der vielfältigen und bundesweiten Sommeraktionen der CDU.*

Patriot, 30.7.1986

*... Hoch ging es her am CDU-Informationsstand auf dem Parkplatz in Friedriessog-Spitze. ... Einheimische und Feriengäste aus nah und fern nutzten die Gelegenheit, um hautnah Gespräche mit dem*

*Bundestagsabgeordneten Dietrich Austermann und Bürgermeister Hans Börnecke und seinem Team zu führen.*

**Dithmarscher Landeszeitung, 4.8.1986**

*... Spiele und Spaß für die Kinder, politische Information für die Erwachsenen, vermittelt auf unkonventionelle Weise — schon bald waren die Stände der Jungen Union und der CDU-Frauenvereinigung Wuppertal umlagert.*

**Westdeutsche Zeitung, 4.8.1986**

*... Überraschend groß war das Interesse besonders der jungen Feriengäste an diesem CDU-Sommer-Team an aktuellen Problemen, denn auch das Sommer-Team bestand vorwiegend aus jungen Leuten, die einen Informationsstand aus einer Mischung von Unterhaltung und Information anboten.*

**Lübecker Nachrichten, Ausgabe Ostholstein, 28.7.1986**

*... Das CDU-Sommer-Team hatte alles gut vorbereitet. Vor allem die Jugend erfuhr bei einem Polit-Quiz, wie mehr oder minder gut sie Bescheid weiß über unsere Demokratie und die Bundesrepublik.*

**Lübecker Nachrichten, Stadtausgabe, 28.7.1986**

*„CDU-Sommer-Team“ vermittelte Politik in unterhaltsamer Form.*

**Eckernförder Zeitung, 31.7.1986**

*In einer sommerlich beschwingten Weise wurde gestern auf Fehmarn der Bundestagswahlkampf durch die CDU eröffnet ...*

*Bunte Flaggen signalisierten „Einen Sommer mit der CDU.“*

**Fehmarnsches Tageblatt, 28.7.1986**

*... Als Renner erwiesen sich bisher die CDU-Extrablätter, von denen bereits 15.000 Stück als Strandkorblektüre ausgegeben wurden.*

**Eckernförder Nachrichten, 31.7.1986**

18. 8. LV Rheinland-Pfalz  
Landesvorstand, Mainz
19. 8. Frauenvereinigung Schleswig-Holstein  
Landesvorstand, Husum
21. 8. LV Bremen  
Vorstand, Bremen
22. 8. LV Saar  
LFA „Europapolitik“,  
Saarbrücken
23. 8. LV Schleswig-Holstein/Hamburg  
Regionalkonferenz, Neumünster,  
Holstenhalle
26. 8. CDA Rheinland-Pfalz  
Vorstand, Mainz
28. 8. CDU Bundesvorstand  
Sitzung, Bonn
28. 8. LV Saar  
LFA „Steuern und Finanzen“,  
Saarbrücken
29. 8. LV Rheinland-Pfalz  
Landesvorstand, Mainz
30. 8. LV Baden-Württemberg  
Landesvertreter-Versammlung,  
Baden-Baden
30. 8. LV Rheinland-Pfalz  
Landesvertreterversammlung zur  
Aufstellung der Landesliste  
für die Bundestagswahl, Mainz

## Halbjahresabonnement des UiD als schnelle Wahlkampfinformation

Für die Wahlkampfzeit gibt es nun ein Sonderabonnement des UiD. Damit sollen weitere Wahlhelfer, über den Kreis der kostenlosen Wahlkampfbezieher hinaus, die Möglichkeit erhalten, während des Wahlkampfes den UiD zu bekommen. Viele Parteifreunde sind sicher bereit, für diese aktuelle Wahlkampfinformation 24,— DM zu bezahlen.

Bestellungen sind zu richten an die  
**Union Betriebs-GmbH, Postfach 2449, 5300 Bonn 1**

# WEITER SO, DEUTSCHLAND



**Stabile Preise  
Sichere Renten  
Mehr Arbeitsplätze**

**CDU**  
Die Zukunft

## Plakat-Kampagne als Auftakt des CDU-Bundestagswahlkampfes

Mit einer bundesweiten Großflächenplakatierung von mehr als 7 000 Großflächen startet die CDU-Auftaktkampagne des Bundestagswahlkampfes. Die Kampagne steht unter dem Motto „Weiter so, Deutschland – Stabile Preise – Sichere Renten – Mehr Arbeitsplätze – CDU Die Zukunft“.

Mit dieser Plakatierung verdeutlicht die CDU die Leistungen der Regierung Helmut Kohl für alle (Weiter so, Deutschland) und die Zukunftsfähigkeit der Partei (CDU Die Zukunft). Die drei Aussagen „Stabile Preise – Sichere Renten – Mehr Arbeitsplätze“ stehen schlaglichtartig für die Erfolge der Regierung Helmut Kohl.

Mit dem neuen Zeichen „CDU Die Zukunft“ symbolisieren wir, daß wir auf der Grundlage dieser Erfolge auch die Zukunft Deutschlands als modernes und humanes Industrieland sichern werden.

# Unsere Erfolge!

Die Aussagen der Großflächenplakatierung wurden auf ein erstes Plakat für die Parteiplakatierung in den Formaten A0 und A1 umgesetzt. Dieses Plakat wurde allen Kreisverbänden in einer kostenlosen Grundausrüstung angeboten.

Mindestabnahme: 50 Stück  
Preis pro Mindestabn.: 21,25 DM (A0)  
Preis pro Mindestabn.: 10,75 DM (A1)  
Bestellnummer: 8860 (A0), 8861 (A1)

## WEITER SO, DEUTSCHLAND



**Stabile Preise  
Sichere Renten  
Mehr Arbeitsplätze**

**CDU**  
*Die Zukunft*

Neu aufgelegt und aktualisiert: 20 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl. In wenigen Sätzen viel ausgesagt. Die 20 wichtigsten Erfolge der Regierung Helmut Kohl kurz gefaßt.  
Mindestabnahme: 100 Stück  
Preis pro Mindestabnahme: 14,— DM  
Bestell-Nr.: 2793

## WEITER SO, DEUTSCHLAND



**20 Pluspunkte  
der Regierung  
Helmut Kohl**

**CDU**  
*Die Zukunft*



## WEITER SO, DEUTSCHLAND

Das Motto der Auftaktkampagne gibt es auch als Autoaufkleber. Helfen Sie mit, daß mit diesem Autoaufkleber unser „Aufwärts-Daumen“ weitmöglichst verbreitet wird.

Mindestabnahme: 100 Stück  
Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM  
Bestellnummer: 9856

# Der Angriff!



20mal die Minuspunkte der SPD. Kurz und präzise zusammengefaßt in einem Faltblatt. „Treffender“ kann man die SPD nicht angreifen.

Mindestabnahme: 100 Stück  
Preis pro Mindestabnahme: 14,— DM  
Bestellnummer: 2840

lieferbar ab  
Ende August



Dieses Stoppschild sagt mehr als tausend Worte. Das Plakat gibt es im Format DIN A1.

Mindestabnahme: 50 Stück  
Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM  
Bestellnummer: 8859

**Stopp für rot-grün.  
Auch als Autoaufkleber.**

Mindestabnahme: 100 Stück  
Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM  
Bestellnummer: 9854



# Neue Wahlkampfformen!

Bewährte Wahlkampfformen entwickeln sich weiter, neue, mancherorts bereits erprobte Formen kommen ins Gespräch — denn erfolgreiche Aktionen sprechen sich schnell herum.

In einer aktuellen praxisorientierten Broschüren-Serie zeigt die CDU-Bundesgeschäftsstelle auf, wie sich CDU-Verbände, aber auch einzelne CDU-Mitglieder nachhaltig und erfolgreich im Wahlkampf für die Ziele der CDU engagieren können.

Mindestabnahme:  
10 Exempl. pro Bestell-Nr.  
Preis pro Mindestabnahme:  
3,40 DM

Als Set: je Exemplar  
„Neue Wahlkampfformen“  
sowie Aktionshandbuch  
„Fit in die Zukunft“

Preis: 3,— DM  
Bestell-Nr.: 4866



● Messen und Ausstellungen  
Bestell-Nr.: 4852



● Die CDU ist dabei...  
Bestell-Nr.: 4853



● Nachbarschaftstreffen  
Bestell-Nr.: 4851



● Telefon-Canvassing  
Bestell-Nr.: 4849



● Canvassing-Aktionen  
Bestell-Nr.: 4850

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1



## Der neue Autoaufkleber: Stopp für rot-grün!

Dieses Stoppschild sagt mehr als tausend Worte. Helfen Sie mit, daß mit diesem Autoaufkleber unser „Angriff“ weitmöglichst verbreitet wird!

Mindestabnahme: 100 Stück  
Preis pro Mindestabnahme:  
10,— DM  
Bestellnummer: 9854

Alle Bestellungen an:  
**IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold**

# UiD

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

23/86